

LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
154 · Ausgabe BL·BS · Mai 2015

SP

Herzstück und Herzschmerz

Es ist noch kein Jahr her, da wurde hüben und drüben anstelle einer Fusion die Stärkung der Partnerschaft beider Basel verlangt. Im Baselbiet wurden gar zwei Initiativen lanciert, die einen Ausbau der Regio-Kooperation auf alle vier Nordwestschweizer Kantone propagieren. Eine dieser Initiativen kommt nun im Juni zur Abstimmung – in einer Situation, in der sich das Partnerschaftsklima merklich abgekühlt hat.

Dies aus mehreren Gründen:

1. Schnell hat sich gezeigt, dass manches vollmundige Bekenntnis zur Partnerschaft nicht von Herzen sondern bloss über die Lippen kam. Und es wurde offenbar, dass der Ruf nach einer erweiterten Partnerschaft vor allem dazu diente, die Vertiefung der Partnerschaft der beiden Basel zu unterspülen und zu erschweren.
2. Die finanzpolitische Lage beider Kantone akzentuiert sich, in unterschiedlicher Dynamik, in die gleiche Richtung. Doch dabei gibt es erhebliche Unterschiede. Basel-Stadt geht von derzeit gesunden Finanzen aus und kann die Probleme der Zukunft anpacken. Das Baselbiet hingegen schlägt sich mit den Altlasten einer verfehlten Steuersenkungspolitik herum und muss ein selbst verur-



Ruedi Brassel ist Landrat und Sekretär der SP Baselland



Steffi Luethi-Brüderlin ist Grossrat und Fraktionspräsident

sachtes strukturelles Defizit beheben, um dann gleich auch noch die kommenden Ausfälle wegen der Unternehmenssteuerreform III zu kompensieren.

3. Die Region weist eine überdimensionierte Spitalinfrastruktur auf. Dem Baselbiet laufen die Kosten aus dem Ruder und die PatientInnen davon – was wiederum höhere Kosten verursacht. Das Ergebnis jahrelanger, scheinbar gemeinsamer Planung war mehr Abgrenzung, was nun plötzlich korrigiert werden soll. Die Rede ist sogar von einem Zusammenschluss von Unispital und dem Kantonsspital Baselland. Um mutige Entscheide wird man nicht umhinkommen.

4. Während nun endlich eine gemeinsame Spitalpolitik aus der Not geboren werden könnte, sieht es bei der Uni anders aus. Hier soll die Tugend der gemeinsamen Trägerschaft, sofern es nach der SVP Baselland geht, ohne Not geschlachtet werden. Ein gemeinsames Unispital ohne gemeinsame Uni? Widersprüchlicher, konfuser und zukunftsfeindlicher können die Signale nicht gestellt werden.

5. Oder doch? Die Verkehrsplanung gibt Anlass zu diesem Verdacht. Beim Herzstück ist man immerhin

auf gutem Weg. Mehr nach Herzschmerz sieht es aus bei den Prioritäten für die Lösung der Transit- und Zubringerprobleme um die Stadt. Diese liegen für Basel-Stadt bei der Osttangente. Baselland hingegen will nicht nur den sinnvollen Zubringer von der Nordtangente nach Allschwil. Vielmehr soll ein Ausbau des Rings um Basel im Süden vorangetrieben werden, mit teuren Tunnels durch Allschwil und Binningen, und man macht gar Druck für den Bau eines Gundelitunnels. Dabei ist gerade die Stadt aufgrund des vom Volk angenommenen Gegenvorschlags zur Städteinitiative verpflichtet, den Anteil des motorisierten Individualverkehrs zu mindern. Da liegt dieser Tunnel auf innerstädtischem Gebiet vollkommen quer in der Verkehrslandschaft. Anstatt aus einer Hand mit gemeinsamen Prioritäten zu planen, spielt man das Schwarzpeterspiel und Mensch ärgere dich.

Es wird an der SP liegen, in beiden Kantonen auf eine Lösung der Verstrickungen hinzuwirken. Im September haben wir an einer gemeinsamen DV Gelegenheit dazu, den Willen zur echten Zusammenarbeit zu bekräftigen.

Das Freundschaftshaus
auf dem besetzten AKW-Gelände
in Kaiseraugst, 1975



Dokumentationsstelle Atomfreie Schweiz, Foto Esther Pfirter

Vor 40 Jahren war «Kaiseraugst» besetzt

Was Jahre später mit dem Verzicht auf das Atomkraftwerk Kaiseraugst endete, begann im Spätsommer 1973 an einer Delegiertenversammlung der SP Baselland in Oberdorf. Die SP beriet damals über eine Resolution gegen den ungeliebten Atommeiler. Das Bundesgericht hatte eben in letzter Instanz gegen Einsprachen von Atomkraftwerkgegnern entschieden. Dem Bau stand damit nichts mehr entgegen.

Der juristische Weg hatte in eine Sackgasse geführt. Als Ausweg schlugen einige Baselbieter Jungsozialisten vor, das Baugelände notfalls zu besetzen. Unter den in Oberdorf versammelten Delegierten zirkulierte eine Liste, auf der sich eintragen konnte, wer diesen Plan tatkräftig zu unterstützen bereit war.

Wenige Tage später trafen sich die interessierten Leute und einige Baselbieter Jungsozialisten. Sie gründeten die Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst (GAK). Bereits zwischen Weihnachten und Neujahr 1973 besetzte diese Gruppe das künftige Baugelände symbolisch. Sie wollte die Bevölkerung anschaulich darüber informieren, was sie vorhatte. Die Handvoll Besetzerinnen, die bei klirrender Kälte in Zelten ausharr-

ten, lockte rund 400 Besucher an. Die Presse berichtete ausführlich über die Aktion.

Der Funke zündete: Aus den 400 Besucherinnen wurden im September 1974 3000 Leute an einer Grossveranstaltung. Und als die GAK am 1. April 1975 zur Tat schritt, kamen wenig später rund 10 000 Personen nach Kaiseraugst. Bei Schnee und Regen stimmten sie einer Resolution zu, die einen Volksentscheid forderte und den zivilen Ungehorsam unterstützte.

Die Bewegung gegen das AKW wuchs mit der Besetzung nochmals kräftig an. Nach elf Wochen verliess sie das Gelände. Bauherrschaft und Bundesrat hatten sich bereit erklärt, Verhandlungen oder – wie sie lieber sagten – «Informationsgespräche» zu führen. In diesem Moment bestanden in der ganzen Schweiz und im benachbarten Ausland zahlreiche Unterstützungskomitees. Sämtliche Parteien und Gruppierungen der politischen Linken und der Umweltbewegung hatten sich mit der Kaiseraugster Aktion solidarisiert.

Die Verhandlungen zogen sich in die Länge. Die Bewegung verlor an Rückhalt und spaltete sich in GAK und GAGAK (Gewaltfreie



Ruedi Epple

Aktion gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst). Trotz dieser Schwächung versuchte die Bewegung mit Pfingstmärschen, den Funken des Widerstands nach Gösgen und Leibstadt zu tragen. Es blieb bei Versuchen. Es gelang aber immerhin, den Widerstand mit mehreren Initiativen auf die institutionelle Ebene zu tragen. Zudem konnte die Bewegung den Widerstandswillen der Region aufrechterhalten. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit sorgte sie dafür, dass der Protest erneut aufflammte. Auch die regionalen Abstimmungsergebnisse der Initiativen zeigten, dass ein AKW in Kaiseraugst politisch nicht durchsetzbar war.

Schliesslich sahen dies auch bürgerliche Kreise ein. Sie überzeugten die Bauherrschaft, den Spatz in der Hand der Taube auf dem Dach vorzuziehen: Gegen eine Entschädigung von 350 Millionen Franken war diese schliesslich bereit, ihr Vorhaben zu begraben. Dass ihr Projekt inzwischen veraltet war, dass die Konkurrenz französischer Atommeiler die Gewinnaussichten getrübt hatte und dass die Banken nicht länger bereit waren, ein nicht durchsetzbares Werk zu finanzieren, trug dazu bei.

AGENDA SP BL

- Sa, 6. Juni, 9–12 Uhr, Allmend Gelterkinden
- Bring-und-hol-Tag, organisiert durch die SP Gelterkinden und Umgebung
- So, 14. Juni Abstimmungssonntag
- Mi, 24. Juni, 19.30 Uhr, Aula Kirchmatt, Birsfelden Sessionsbericht mit Claude Janiak, Eric Nussbaumer und Susanne Leutenegger Oberholzer
- Mi, 1. Juli Fraktionsausflug, Seewen

PAROLEN SP BL

- NATIONAL
- Erbschaftssteuerreform JA
- Revision RTVG JA
- Verfassungsartikel «Für die Fortpflanzungsmedizin» STIMMFREIGABE
- Stipendieninitiative JA
- KANTONAL
- Regio-Kooperationsinitiative JA
- Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte JA

Unterflurcontainer

Die Mitarbeitenden der Stadtreinigung sammeln in Basel jedes Jahr 5,5 Mio. Kehrriechtsäcke ein. Diese Dienstleistung wird stadtweit von insgesamt 10 Kehrriechtfahrzeugen mit je drei Mitarbeitenden erbracht. Die heutige Methode der Abfallentsorgung hat verschiedene Nachteile: Die Einwohnerinnen und Einwohner können – oder besser sollten – ihren Abfall nur in den zwei definierten Zeitfenstern pro Woche bereitstellen. Weiter beeinträchtigen die Abfallsäcke das Stadtbild und versperren die Trottoirs.

Das Einsammeln der Abfallsäcke ist für die Mitarbeitenden der Stadtreinigung sehr gesundheitsbelastend. Dieses Entsorgungssystem führt zu krankheitsbedingten Ausfällen von rund 7 Prozent. Das ist mehr als bei Personen, die auf dem Bau arbeiten. Die SUVA forderte daher bereits im 2008, die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden der Abfallent-

sorgung zu verbessern. Zu diesem Zweck müssen die Sammelplätze reduziert werden und Container sollen als Sammelbehälter für den Abfall dienen. Dies kann entweder mit Roll- oder mit Unterflurcontainern bewerkstelligt werden. Bei beiden Varianten werden die gebührenpflichtigen Abfallsäcke beibehalten. In Zürich hat die Umstellung auf Container kaum zu mehr nichtbezahltem und wild deponiertem Abfall geführt.

Die Unterflurcontainern sind aber – im Gegensatz zu den Rollcontainern – für behinderte oder ältere Menschen einfacher zu bedienen. Bei den Unterflurcontainern muss nicht zuerst ein schwerer Deckel geöffnet werden und der Einwurf bedingt kein Hochstemmen. Wenn die Abfallentsorgung auf Unterflurcontainer umgestellt würde, sinken zudem die Betriebskosten. Die Reduktion der Zahl der Mitarbeitenden kann über die norma-



Kerstin Wenk, Grossrätin
und NR-Kandidatin

le Fluktuation realisiert werden. Weitere Vorteile des neuen Systems sind uneingeschränkte Entsorgungszeiten, die Verminderung der körperlichen Belastung der Mitarbeitenden sowie eine Verbesserung des Stadtbildes, denn wo ein Abfallsack steht, gesellt sich gerne auch Abfall ohne Sack dazu.

Der Grosse Rat hat aber eine Mischvariante beschlossen. Er will, dass das bisherige und das neue System parallel geführt werden. Dieser Vorschlag ist sehr teuer und führt nicht zum Ziel. Die Delegierten der SP Basel-Stadt unterstützen die Einführung von Unterflurcontainern, lehnen aber den vorliegenden faulen Kompromissvorschlag ab. Regierungsrat Hans-Peter Wessels hat den Delegierten versprochen so schnell wie möglich einen neuen Ratschlag auf den Weg zu bringen.

Deshalb empfiehlt die SP Basel-Stadt, am 14. Juni 2015 ein Nein einzulegen.



AGENDA SP BS

- Di, 26. Mai **Parteiabend** für Mitglieder und SympathisantInnen der SP Basel-Stadt, Volkshaus, Unionssaal, 20 Uhr
- Do, 9. Juni **Partei Vorstand** Grosser Saal, Gewerkschaftshaus, 20 Uhr
- Sa, 13. Juni **Bildungsreihe: Bildung unter dem Diktat der Wirtschaft** Grosser Saal, Gewerkschaftshaus, 10-16 Uhr
- SAVE THE DATE!** Sa, 27. Juni **Jubiläumsfest**
- Do, 29. Juni **Delegiertenversammlung** Volkshaus, Unionssaal, 20 Uhr

PAROLEN SP BS

KANTONALE ABSTIMMUNGEN

NEIN zum Grossratsbeschluss betreffend Abfallentsorgung mit Containern

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNGEN

JA zur Initiative «Erbschaftssteuerreform»

JA zur «Stipendieninitiative»

JA zur Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG)

JA zum Verfassungsartikel «Für die Fortpflanzungsmedizin»

FEB: Endlich ein Schritt vorwärts

Vor gut drei Jahren wurde die Gesetzesvorlage zur familienergänzenden Betreuung (FEB) knapp abgelehnt. Hauptkritik war, dass sich die Gemeinden mehr Mitspracherecht bei der Finanzierungsart der Angebote gewünscht hätten.

Mit dem neuen Gesetz, welches die Regierung vorgelegt hat, soll das Ziel eines bedarfsgerechten Angebots erreicht und damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert werden. Zudem werden die Ergebnisse eines runden Tisches im Nachgang zur Volksabstimmung 2012 miteinbezogen: Die Gemeinden sollen ein bedarfsgerechtes Angebot im Frühbereich und auf Primarstufe sicherstellen, wobei sie zwischen Objekt- (unterstützt Anbietende) und Subjektfinanzierung (unterstützt zu Betreuende) beziehungsweise einer Mischform wählen können. Im Gesetzesentwurf werden die entsprechenden Kom-

petenzen und Pflichten von Kanton und Gemeinden festgelegt: Als Angebote werden Tagesfamilien, Kitas und von den Gemeinden anerkannte Betreuungsformen geregelt. Ebenso gehörten die Anerkennung von Tagesfamilienorganisationen, die Ausrichtung von Beiträgen für die Aus- und Weiterbildung des FEB-Personals und die Fortführung der Anschubfinanzierung zur Schaffung neuer Plätze zu den Pflichten des Kantons. Die Gemeinden ihrerseits erheben den Bedarf an Betreuungsplätzen und müssen bei Nachfrage aktiv werden. Ziel ist es, dass die Gemeinden ihre massgeschneiderten Lösungen weiterverfolgen oder ausbauen können.

Die beiden FDP-Initiativen «Für eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung» und «Für eine unbürokratische bezahlbare familienergänzende Kinderbetreuung im Frühbereich» sehen als einzigen Weg die Subjektfi-



Miriam Locher, Landrätin,
Mitglied FEB-Sonderkommission

nanzierung vor. Zu Gunsten dieses Modells müssten andere bewährte Angebote in den Gemeinden geändert oder abgeschafft werden. Für die SP-Fraktion kommt eine ausschliessliche Subjektfinanzierung nicht in Frage.

Dass immer mehr Frauen berufstätig sind und bleiben, ist eine Entwicklung hin zur Chancengleichheit. Die dadurch entstehende Nachfrage nach familienergänzender Betreuung gilt es zu decken. Das neue FEB-Gesetz trägt dem Wunsch der Gemeinden nach freier Finanzierungsmöglichkeit Rechnung und regelt gleichzeitig wichtige Details. Für die SP ist das FEB-Thema ein zentraler Baustein zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Das Gesetz in der jetzigen Form ist auf jeden Fall zu unterstützen, die sinnfreien Initiativen sind abzulehnen.

Pilotprojekt für eine kontrollierte Cannabisabgabe in Basel

Der Grosse Rat hat im April einem Pilotprojekt für eine kontrollierte Cannabisabgabe zum dritten Mal zugestimmt. Entgegen dem knappen Entscheid beim zweiten Mal wurde der Vorstoss nun mit einer deutlichen Mehrheit überwiesen und damit der Regierungsrat erneut mit der Einführung eines Pilotversuches beauftragt. Somit obsiegte eine nüchterne Betrachtung gegenüber jenen Stimmen, die wilde Schreckensszenarien heraufbeschwören. Dies ist ein deutliches Zeichen an die Regierung, welche kein Pilotprojekt durchführen möchte.

Die sachlichen Argumente für eine Regulierung der Cannabisabgabe setzen sich nicht nur im Grossen Rat langsam durch, sondern auch in anderen Städten der Schweiz. Dabei



Tanja Soland, Grossrätin SP

spielt die zunehmende Gewalt rund um den Cannabishandel ebenso eine Rolle wie die hohen Kosten, welche für die Repression ausgegeben werden, anstatt für Prävention und Forschung. Damit überhaupt wirksame Prävention betrieben werden kann, braucht es vermehrt Forschung und eine Entkriminalisierung des Konsums. Die Kriminalisierung des Cannabiskonsums hat zwar hohe Kosten zur Folge, aber in der Strafverfolgung keinerlei Einfluss auf die Konsummenge in der Schweiz.

Dieser zunehmende Druck der Städte auf den Bund ist notwendig, damit sich wieder etwas bewegt. Verschiedene Pilotprojekte in der Schweiz wären sinnvoll, damit Informationen gesammelt und Ängste abgebaut werden können. Ein Pro-

jekt im Rahmen eines wissenschaftlichen Versuches ist bei der geltenden Rechtslage möglich.

Auch wenn das Volk 2008 Nein gesagt hat zu einer massvollen Liberalisierung, ist es jetzt Zeit geworden, wieder einen Anlauf für eine Normalisierung im Umgang mit Cannabis zu starten. Das Geld, das wir für die Strafverfolgung der Konsumenten und Händler ausgeben, benötigen wir dringend für Prävention und Forschung. Der Staat hat den Umgang mit dem Alkohol sinnvoll geregelt und soll dies ebenso für Cannabis machen. Damit erreichen wir nicht nur einen besseren Jugendschutz, sondern wahren auch die Chance, die Vorteile einer jahrhundertalten Nutzpflanze der Gesellschaft zugänglich zu machen.